

# SPD sozialdemokratischer pressediens

P/XXIX/190

4. Oktober 1974

Die feminine Welle der Union

-----  
CDU-Strategen kalkulieren mit weiblichem Wählerpotential

Von Elfriede Eilers MdB  
Mitglied des Präsidiums der SPD und Bundesvorsitzende  
der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Seite 1 und 2 / 55 Zeilen

Resozialisierung statt "Knast"

-----  
Reformierter Strafvollzug soll zu straffreiem  
Leben befähigen

Von Dr. Willfried Penner MdB  
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Sonderausschuß  
für die Strafrechtsreform

Seite 3 / 28 Zeilen

Der deutsche Bauer hat gewonnen

-----  
Bestandsaufnahme der europäischen Agrarpolitik duldet  
keinen Aufschub

Von Hans Büchler MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten

Seite 4 und 5 / 48 Zeilen

Durchsichtige Manöver mit dem Haushalt

-----  
Wie CDU-"Experten" die Öffentlichkeit verwirren wollen

Von Bertram Blank MdB  
Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 66 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heustalle 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telefax: 02 28 948 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die feminine Welle der Union  
-----

CDU-Strategen kalkulieren mit weiblichem Wählerpotential

Von Elfriede Eilers MdB

Mitglied des Präsidiums der SPD und Bundesvorsitzende  
der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Den Beobachtern der frauenpolitischen Szenerie zeigt sich in diesen Wochen ein breites Spektrum politischer Aktivitäten. Sozialdemokratinnen bereiten sich in den Untergliederungen der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen auf ihre Bremer Bundeskonferenz vor, die ausschließlich der Familienpolitik gewidmet ist; Diskussionsgrundlage ist das programmatische Arbeitspapier einer familienpolitischen Kommission.

Auch die CDU/CSU-Opposition hat sich dieses Themas angenommen: Um ein Grundsatzprogramm zur Partnerschaft geht es in der Frauenvereinigung der CDU. Vor wenigen Tagen hat auch der 50. Deutsche Juristentag - um bei dieser Jubiläumszahl zu bleiben - 50 Beschlüsse zur Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben gefaßt. Ein familienpolitischer Kongreß der Christlich-Demokratischen Union steht unmittelbar bevor. "Die Familie" - so heißt es im Tagungsthema - "unsere Zukunft".

Proklamationen zur Frauen- und Familienpolitik sind also "in". Ein bis jetzt schon recht ansehnlicher Forderungskatalog, der sich nicht nur an den Gesetzgeber richtet, dürfte bis zum Abschluß dieser Kongreß- und Konferenzserie noch um ein beträchtliches Stück vergrößert werden. Die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen, SPD und FDP, brauchen aber dabei einen "Soll"- "Ist"-Vergleich nicht zu fürchten: Innerhalb von fünf Jahren, in denen sozialdemokratische Bundeskanzler an der Spitze der Regierung stehen, sind mehr Maßnahmen für Frauen und Familien bewirkt und in Gang gesetzt worden als unter 20jähriger CDU/CSU-Ägide.

Und gemessen an ihren Taten erscheinen dann die frauen- und familienpolitischen Aktivitäten der Opposition in einem anderen Licht. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe die CDU - oder zumindest ihre

Parteispitze - bei den Frauen politisches Neuland entdeckt, eher aber nüchtern kalkuliertes Wählerpotential. Wie anders ist es zu erklären, wenn die CDU auf ihrem bevorstehenden Kongreß die Familie als partnerschaftliche Aufgabe versteht und hierzu einen eigenen Arbeitskreis installiert: Im Themenpapier dieser Gruppe wird die "eigenständige soziale Alterssicherung aller Frauen auf der Basis des Prinzips der Zugewinnngemeinschaft - einschließlich eines Ausgleichs für die Zeit der Kindererziehung -" herausgestellt.

Weniger gut Informierten dürfte dies als eine angemessene Forderung breiter Bevölkerungsgruppen erscheinen. Sozialdemokraten aber erinnern sich noch zu gut an die lautstark geführte Ablehnung des von Bundesarbeitsminister Walter Arendt geforderten "Baby-Jahrs", das die Opposition im Deutschen Bundestag bei der Rentenreform 1972 zu Fall gebracht hat. Daß die soziale Sicherung von Frauen ein besonderes Anliegen der Unions-Parteien gewesen wäre, kann man gewiß nicht behaupten wollen. So hat die SPD/FDP-Koalition bei der Regierungsübernahme nicht die kleinste Spur einer Vorbereitung zum Ausbau der sozialen Sicherung für Frauen vorgefunden. Die von der SPD/FDP eingeleitete Eherechtsreform, die auf dem Partnerschaftsprinzip basiert, wurde von bayerischen Oppositionspolitikern als "Vielweiberei auf Raten" und "Ehe mit Kündigungsfrist" abqualifiziert.

Man wird die neue Frauen- und Familienwelle in den Reihen der Opposition aufmerksam zu beobachten haben: Inwieweit die Vorstellungen der Frauenvereinigung von der Gesamtpartei mitgetragen werden und - noch wichtiger - ob sie innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Resonanz stoßen. Proklamatorische Worte der Opposition können wir in nächster Zeit auch selbst in den Bundestageausschüssen, beispielsweise bei den Beratungen zur Eherechtsreform, auf ihren realen Gehalt hin testen. Es wird sich zeigen, ob Einsicht in politische Notwendigkeiten bei der CDU einen Kurswechsel bewirkten oder nur neben den Sozialausschüssen ein neues "Feigenblatt" im Treibhaus von Unions-Parteistrategen entwickelt wurde.

(-/4.10.1974/ks/pr)

+ + +

### Resozialisierung statt "Knast"

---

Reformierter Strafvollzug soll zu straffreiem Leben befähigen

Von Dr. Wilfried Penner MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Sonderausschuß für die Strafrechtsreform

Der Sonderausschuß des Deutschen Bundestages für die Strafrechtsreform hat die Einzelberatungen zum Entwurf eines Strafvollzugsgesetzes aufgenommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundestag aufgegeben, die Rechtsverhältnisse des Strafgefangenen während der Verbüßung seiner Freiheitsstrafe gesetzlich zu regeln. In einer anderen Entscheidung haben die Richter des Bundesverfassungsgerichts darauf hingewiesen, daß dem Prinzip der Resozialisierung gleichsam Verfassungsrang zukomme. Der Resozialisierungsgedanke hat also den Inhalt jenes Gesetzes zu prägen, das den Vollzug der Freiheitsstrafe künftig regelt. Ein reformierter Strafvollzug wird sich auf der Grundlage eines Strafvollzugsgesetzes an dem Grundsatz auszurichten haben, den Verurteilten zu einem straffreien Leben zu befähigen.

Das Strafvollzugswesen in der Bundesrepublik Deutschland ist weniger entwickelt als in anderen westeuropäischen Staaten. Es wird in erster Linie darauf ankommen, dem Strafvollzug - so weit das möglich ist - von allen Erscheinungsformen zu befreien, die ihn zum stumpfsinnigen Vergeltungsvollzug, zum "Knast" machen. Die Entwicklung wirksamer Behandlungsmöglichkeiten muß daher gefördert und vorangetrieben werden. Sie müssen auf die Persönlichkeit des Straftäters abgestimmt sein. Sie sollten den Strafgefangenen befähigen, ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Nicht alle wünschenswerten Maßnahmen werden vom Gesetzgeber zu verwirklichen sein. Wie bei vielen anderen politischen Vorhaben setzen die finanziellen Rahmenbedingungen eine Grenze. Das gilt besonders in einer Phase, in der die öffentlichen Haushalte mit Problemen besonderer Art zu kämpfen haben. Allerdings sollte sich jeder darüber im Klaren sein, daß Inhalt und Qualität einer Strafvollzugsreform Geld kosten werden. Ohne finanzielle Mittel wird es kaum gelingen, zu wirkungsvollen, sozial gerechten und humaneren Verhältnissen im Strafvollzug zu kommen. (-/4.10.1974/bgy/pr)

### Der deutsche Bauer hat gewonnen

---

Bestandesaufnahme der europäischen Agrarpolitik duldet keinen Aufschub

Von Hans Böhler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Opposition im Deutschen Bundestag mag in ihrer Stellungnahme zu den Luxemburger Beschlüssen vom 2. Oktober 1974 von Theaterdonner sprechen. Man kann ohne Verzögerung darüber hinweggehen. Sie beweist jetzt seit Jahren, daß sie keine Alternative in der Agrarpolitik aufweisen kann. Unbestreitbar ist, daß die deutsche Landwirtschaft eindeutig als Gewinner hervorging. Wieder einmal hat die sozialliberale Koalition das bestätigt, was Experten seit langem wissen: keine Bundesregierung zuvor hat sich so für die Landwirtschaft eingesetzt wie das sozialliberale Bündnis.

Luxemburg hat seinen Zweck erfüllt. In Europa hat nun das große Nachdenken begonnen. Nur dies allein kann helfen, allmählich das agrarpolitische Dilemma zu überwinden und das Chaos zu verhindern. Niemand ist mehr in der Lage, die in sich widersprüchlichen Maßnahmen der Partnerländer für ihre nationale Agrarwirtschaft, die fast alle im Gegensatz zum EG-Vertrag stehen, zu überblicken. Fest steht nur, daß sie zum größten Teil zu Lasten der deutschen Landwirtschaft gehen.

Es ist ein großer Erfolg für die Deutschen, daß neben der Anhebung der Preise um fünf vH ab 7. Oktober die nationalen Sondermaßnahmen jetzt endgültig einer Genehmigung durch die Kommission bedürfen. Das Pokerspiel der Bundesregierung in den vergangenen Wochen hat sich für die deutsche Landwirtschaft gelohnt. Die deutschen Bauern können mit ihrer Bundesregierung zufrieden sein.

Wahnsinn mit Methode wird die derzeitige europäische Agrarpolitik von vielen Kennern genannt. 14 Milliarden kostet sie. Allein 90 vH gehen davon

für Aufgaben der Marktforschung drauf und nur 10 vH stehen für dringend notwendige Strukturverbesserungen zur Verfügung. Ein unheilvolles Netz von Marktordnungen, widersprüchlichen Beschlüssen kennzeichnet die europäische Agrarszene. Zollämter werden in allen Teilen Europas mit meterlangen Fernschreiben traktiert. Niemand blickt praktisch mehr durch. Ein aufgeblähter außer Kontrolle geratener Apparat in Europa spielt mit den Nerven der Betroffenen.

Maßnahmen wie zum Beispiel beim Buttergeschäft mit der Sowjetunion erscheinen den Verbrauchern, die die Zechen bezahlen müssen, total unverständlich. Ganz über ihr Fassungsvermögen geht die Vernichtung von Lebensmitteln. Und das Erschreckende dieser ganzen Szene ist, daß der Landwirtschaft dabei nicht wirksam geholfen werden kann! Nichts ist dringender als eine gründliche Bestandsaufnahme. Die Marktordnung, das ganze System, müssen durchdacht werden. Es wäre an sich kein allzu großer Verlust, wenn sie durch neue Instrumente ersetzt würden.

Wünschenswert wäre eine Wirtschafts- und Währungsunion. Solange diese aber noch nicht erreicht ist, darf Europa nicht weiter ruiniert werden. Wer aber den bisher am weitesten integrierten Teil Europas - die Agrarpolitik - retten will, muß sich zu einer gründlichen Analyse aufreffen.

Vordringlich muß auf den Tisch, was Länder, Staaten und die EG für die Landwirtschaft aufbringen. Nicht um die Landwirtschaft zu verärgern, sondern um einmal zu wissen, wieviel Mittel für einen Neubeginn einer Agrarpolitik zur Verfügung stehen, bei der vielleicht der Aspekt der Nützlichkeit der Landwirtschaft für die Allgemeinheit stärker zum Ausdruck kommt.

(-/4.10.1974/ks/pr)

+ + +

Durchsichtige Manöver mit dem Haushalt

Wie CDU-"Experten" die Öffentlichkeit verwirren wollen

Von Bertram Blank MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages

Bereits vor der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 1975 schlug der forschungspolitische Sprecher der CDU, MdB Christian Lenzer, altbekannte Töne an. Er bemängelte in einer scharfen Stellungnahme, daß der Einzelplan des Bundesforschungsministers Hans Matthöfer eine zu geringe Steigerungsrate aufweise und eine klare politische Schwerpunktbildung vermissen lasse. Dieses Spiel wird sich nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre bei allen übrigen Einzelplänen wiederholen, wobei zugleich die zu hohe Ausgabenfreudigkeit der sozialliberalen Koalition gegeißelt werden wird. Ziel dieser fragwürdigen Bemühungen der Union ist es, die klaren Akzente der sozialliberalen Politik zu verwischen und die jeweils interessierte Öffentlichkeit - hier die in der Forschung Tätigen - zu verunsichern. Aus diesem Grund ist es nötig, Klarheit zu schaffen, bevor sich die falschen Vorstellungen verfestigt haben.

Symptomatisch für die Agitation der CDU ist das völlige Fehlen von konkreten Vorstellungen und Absichten, welche Einzelansätze im Forschungshaushalt zugunsten welcher Projekte zu erhöhen seien oder wo gespart werden solle. Stattdessen stützt sich die Kritik auf vordergründige Vergleiche und Pauschalurteile, die im übrigen erkennen lassen, daß der Forschungsexperte der CDU wenig Ahnung von der Gestaltung des Forschungshaushaltes hat. So übersieht er beispielsweise, daß bei der Kalkulation der Zuwachsraten des Forschungshaushaltes nicht nur der Einzelplan 30, sondern auch die für diesen Einzelplan zentral im Verstärkungsfonds des Einzelplans 60 veranschlagten Personalverstärkungsmittel mitbedacht werden müssen. Sonst könnte er nicht zu der Meinung kommen, daß trotz der unstreitigen Zuwachsraten nicht einmal der gegenwärtige Stand der Forschungsaktivitäten für das Haushaltsjahr 1975 zu halten sei.

Unbekannt ist dem Kritiker auch, daß die globale Steigerungsrate des Einzelplans 30 für 1975 im Vergleich mit den voraussichtlichen Ist-Ausgaben 1974 wegen der alle Ressorts betreffenden globalen Minderausgaben noch höher ausfällt als bei dem Vergleich Soll-Ausgaben 1974 mit den Soll-

Ausgaben 1975; wer die Dinge so sieht, wird feststellen, daß der Einzelplan 30 gegenüber dem Vorjahr in 1975 eine Steigerung von elf bis 12 vH. erfahren wird. Ein Schildbürgerstreich oder Taschenspielertrick ist es, wenn die aus den Mitteln des Einzelplans 30 vorgesehene Beschaffung von angereichertem Uran aus dem Budget des Bundesministers für Forschung und Technologie heraus gerechnet wird. Es ist im Gegenteil als ein Erfolg der Bundesregierung zu begrüßen, daß im Rahmen des Devisenausgleichsabkommens mit den USA diese zur Sicherstellung des künftigen Kernbrennstoffbedarfs dringend gebotene Maßnahme durchgesetzt werden konnte.

Weiter wird beklagt, die Forschungsförderung stagniere. Hier die wichtigsten Forschungsbereiche mit ihren Steigerungsraten für 1975:

- 151 Millionen DM für Technologien in Schlüsselbereichen, Roh-, Grund- und Werkstoffe, Chemische Forschung + 25,6 vH.
- 258 Millionen DM für Einrichtungen und Vorhaben im Bereich von Biologie, Ökologie und Medizin + 32,5 vH.
- 160 Millionen DM für moderne Nah- und Fernverkehrssysteme, Luftfahrtforschung und kommunale Technologien + 44,5 vH.
- 76 Millionen DM für Meeresforschung und Meerestechnik + 27,2 vH.

Damit sind nur einige Forschungsbereiche genannt, die durch Minister Matthöfer eine klare Akzentuierung erfahren haben. Für den Bereich der Energieforschung und -technologie hat der CDU-Bundestagsabgeordnete eine Ausgabenabsenkung von 9,4 vH. herausgerechnet. Allerdings hat er bei seinen Rechenkunststückchen nicht die richtigen Zahlen verglichen. Hätte er genauer in den Einzelplan 30 gesehen, so wäre ihm aufgefallen, daß mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung der Energieforschung ab 1975 im 305 die Ausgabe für die der Grundlagenforschung zuzurechnenden Projekte und Kernforschungszentren (DESY, GSI, ILL, HMI, CERN) nicht mehr veranschlagt sind; im Haushaltsplan 1975 sind sie unter dem Kap. 30 03 untergebracht. Darauf wird auch durch Änderung der Kapitelüberschriften hingewiesen. Vergleicht man also nicht Äpfel mit Birnen, so würde der CDU-Kritiker festgestellt haben, daß im Jahre 1975 für die Energieforschung 1.464 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden, eine Position, die damit gegenüber 1974 eine deutliche Steigerung erfahren hat.

Aber dies alles stört die "Experten" der CDU nicht. Sie greifen zu der alten Leier und fordern das Unvereinbare: Ausgabenerhöhungen und zugleich Einnahmensenkürzungen.  
(-/4. 10. 1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller